



## Generalaussprache zum Haushalt 2024

CDU/CSU-Fraktionschef Friedrich Merz hat der Koalition vorgeworfen, dass sie trotz Zeitenwende einfach weitermacht wie bisher. So sei die Bundeswehr trotz der Bedrohung von Frieden und Freiheit weiterhin unterfinanziert, sagte Merz in der Generalaussprache des Bundestages zum Haushalt 2024. Die Soldatinnen und Soldaten seien die „Verlierer“ der Etatplanung. Auch an anderen Stellen bleibe alles beim Alten: Die Regierung erhöhe die konsumtiven Ausgaben und verteile das Geld der Bürger um.

Die Generalaussprache im Rahmen der Haushaltsberatungen des Bundestages dient der Abrechnung der Opposition mit der Koalition. Merz, der traditionsgemäß die Aussprache eröffnete, kritisierte Bundeskanzler Olaf Scholz für das Versagen der Regierung auf vielen Gebieten scharf. Vor allem habe Scholz die Zeitenwende, die er nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 selbst ausgerufen hatte, nicht verabredungsgemäß umgesetzt.

So werde das Ziel, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung auszugeben, nicht dauerhaft verfolgt. Das für große Beschaffungen der Bundeswehr vorgesehene Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro werde für laufende Ausgaben geplündert. Er verwies auch auf den Bundesrechnungshof, der die Zweckentfremdung der Mittel ebenfalls gerügt hatte. Angesichts von 95 Milliarden Euro, die in 29 Sonderhaushalten verbucht sind, warf die Unionsfraktion der Regierung auch grundsätzlich eine unsolide Haushaltsführung vor.

### „Unser Land erstickt in Bürokratie“

Auch auf anderen Gebieten mache die Koalition so weiter wie bisher, kritisierte Merz. So schaffe sie neue bürokratische Regeln, etwa mit der Kindergrundsicherung und dem Gebäudeenergiegesetz. „Unser Land erstickt in Bürokratie“, rief er der Koalition zu. Zudem Sorge die Koalition mit zunehmenden Transferleistungen dafür, dass sich Arbeit nicht mehr lohne. Und mit ihrer Verbotspolitik verfehle die Ampel-Koalition sogar die selbst gesetzten Klimaziele. Die Union hingegen setze bei der Klimawende auf Technologieoffenheit.

### Migration ordnen und steuern

Merz legte auch mit Blick auf die Migrationskrise den Finger in die Wunde. Um die illegale Migration zu begrenzen, forderten sie Kontrollen an den Grenzen zu Polen und Tschechien – ähnlich den Kontrollen an den Grenzen zu Österreich. Die Union verwies darauf, dass in diesem Jahr voraussichtlich 350.000 Menschen in Deutschland Schutz suchen werden – eine gewaltige Herausforderung, die Städte und Gemeinden zu schulden haben. „Sie unternehmen nichts, um die Migration zu ordnen, zu steuern und zu begrenzen“, warf er der Koalition vor. Sie kürze sogar noch die Mittel für die Migrationsberatung. Rezession, Inflation, Migration – das sind die Themen, die die Menschen beschäftigen. Darauf braucht es Antworten der Bundesregierung.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,



die erste Sitzungswoche nach der parlamentarischen Sommerpause steht ganz im Zeichen der Haushaltsberatungen für den Bundeshaushalt 2024. Dabei zeigt die Ampel-Koalition wieder einmal deutlich, dass sie nicht mit dem Steuergeld der Bürgerinnen und Bürger umgehen und unser Land nicht

gut regieren kann. Denn wer trotz Rekordeinnahmen eine Schuldenpolitik fortsetzt, hat die Zeichen in Zeiten von Rekordschulden und -inflation nicht erkannt.

SPD, Grüne und FDP lassen trotz gegenteiliger Beteuerungen des Bundesfinanzministers keinerlei Ausgabendisziplin und Konsolidierungsehreize erkennen, ganz im Gegenteil. Um nur ein Beispiel zu nennen: Mit der Verständigung auf eine Kindergrundsicherung nach wochenlangen Diskussionen werden neue sozialpolitische Leistungen eingeführt, obwohl die steigenden Zahlen von Kindern mit Sozialhilfebezug ausschließlich aus aktuell hohen Migrationszahlen herrührt und wir darauf deshalb auch primär durch mehr Erfolge bei der Integration statt durch mehr Geldzahlungen reagieren müssen.

Ein Blick auf die Konzeption des Gesamthaushaltes zeigt ganz klar: Die strukturellen Probleme im Haushalt werden weiterhin nicht angegangen und darüber hinaus spart die Ampel-Regierung auch noch am falschen Ende: Auf der einen Seite wird neben der Einführung der Kindergrundsicherung auch noch das Bürgergeld um 12 Prozent erhöht, auf der anderen Seite werden die Mittel für Städte und Gemeinden drastisch gekürzt. So wird auch der Fördertopf des GAK als dem wichtigsten Instrument zur Unterstützung ländlicher Räume 125 Millionen Euro weniger als 2023 zur Verfügung haben.

Insgesamt zeigt sich: dass Ampel – Projekt ist schon nach einer halben Legislaturperiode gescheitert.

Herzliche Grüße aus Berlin!  
Ihr

Dr. Günter Krings, MdB  
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Tobias Koch



## Bürokratieabbau: Die Ampel muss handeln statt ankündigen

Das Kabinett hat Eckpunkte zur Bürokratieentlastung beschlossen. Dazu äußerte sich der rechtspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Günter Krings:

„Bloße Eckpunkte zum Bürokratieabbau helfen weder der Wirtschaft noch den Bürgerinnen und Bürgern. Die Ampel-Regierung muss endlich handeln und einen echten Abbau von Regulierung und Bürokratie umsetzen. Bisher kündigen die Minister Buschmann und Habeck derartige Projekte nur an.

In der praktischen Gesetzgebung tun sie aber genau das Gegenteil und bringen immer neue Ampel-Gesetze als Bürokratiemonster auf den Weg.

Durch die Ampel-Politik werden die Wirtschaft und Bürger in wirtschaftlich ohnehin schwierigen Zeiten noch zusätzlich massiv überlastet – wie beispielsweise durch das Heizungsgesetz als Beispiel planwirtschaftlicher Energiepolitik oder auch durch die das Selbstbestimmungsgesetz.

Dass das Justizministerium mit dem Normenkontrollrat die Zuständigkeit für gute Gesetzgebung besitzt, hat bisher jedenfalls noch keine positiven Folgen gezeigt. Zur Normenkontrolle gehört auch der Verzicht auf Überregulierung und Über-Bürokratisierung – wie jüngst etwa das Institut für Weltwirtschaft angemahnt hat. Die Union hat bereits im April einen Antrag zum Bürokratieabbau mit vielen guten Ideen in den Bundestag eingebracht.

Beim Thema Bürokratieabbau gilt in besonderer Weise: ‚Machen ist so ähnlich wie ankündigen – nur noch viel krasser.‘

*Foto: Tobias Koch*

## Ampel peitscht Heizungsgesetz ohne Möglichkeit zur Verbesserung durchs Plenum

Ohne die Möglichkeit, auch nur ein Komma zu verändern, peitscht die Ampel-Koalition das Heizungsgesetz durch den Bundestag. Anträge der CDU/CSU-Fraktion zur Expertenanhörung und zur Beratung in den Fachausschüssen lehnte sie rundweg ab. Damit ist die Verabschiedung des Gesetzes nicht nur verfassungsrechtlich fraglich. Die Koalition erweist auch dem Klimaschutz einen Bärendienst.

Ursprünglich wollte die Regierung das Gesetz noch vor der Sommerpause verabschieden. Weil die Parlamentarier aber nicht ausreichend Zeit bekommen hatten, es auch nur zu lesen, stoppte das Bundesverfassungsgericht auf Ersuchen des CDU-Abgeordneten Thomas Heilmann das Verfahren. Nun wurde das sogenannte Gebäudeenergiegesetz gleich in der ersten Sitzungswoche nach der Sommerpause für die abschließende Lesung gleich wieder auf die Tagesordnung gesetzt.

Die Unionsfraktion wies darauf hin, dass Karlsruhe nicht nur mehr Zeit zum Lesen des Gesetzes angemahnt hatte, sondern auch für echte Beratungen und Verbesserungen. Der Entwurf ist so nicht beschlussreif.

Wenn man den Klimaschutz voranbringen will, braucht man auch CO<sub>2</sub>-Einsparungen im Gebäudebereich. Wie hoch diese Einsparungen kraft Heizungsgesetz ausfallen werden, das kann die Ampel-Koalition – allen voran Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck – nicht einmal beziffern. Was genau das Gesetz für den Klimaschutz bringt, wollen die Bürgerinnen und Bürger aber wissen, wenn sie für den Einbau klimafreundlicher Heizungen tief in die Tasche greifen müssen.

Es ist unklar, wie der Einbau etwa einer Wärmepumpe genau gefördert wird. Bislang hat die Koalition nur das alte Förderkonzept aus der Zeit der großen Koalition zu rechtgestutzt. Ohne konkretes neues Förderkonzept ist die soziale Flanke offen. Die Menschen werden wirtschaftlich überfordert. Denn sie sind zum Heizungstausch gezwungen, verfügen aber möglicherweise nicht über das nötige Eigenkapital.

Nicht nachvollziehbar ist vor allem, warum nur Haus- oder Wohnungseigentümer Fördergeld in Anspruch nehmen können sollen, die ihre Immobilie selbst bewohnen. Damit wären vor allem viele Kleinvermieter in der Bredouille. Wenn sie nicht in Existenznot geraten wollen, müssen sie die Kosten auf die Miete umlegen, was wiederum eine Menge Mieter in finanzielle Bedrängnis bringt.

### Impressum:

Ausgabe Nr. 14/2023,  
08. September 2023

**Landesgruppe NRW** der  
CDU/CSU-Fraktion im  
Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030/ 227-58956  
Fax: 030/ 227-76421

Email:  
[fabian.bleck@cducsu.de](mailto:fabian.bleck@cducsu.de)

**Redaktion/ V.i.S.d.P.:**  
Karl-Heinz Aufmuth,  
Fabian Bleck